



Presseschau vom 16.07.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends/nachts:

News-front.info: Gorlowka nach dem massiven Beschuss durch ukrainische Strafbrigaden <https://youtu.be/-QMfQ23XPZ4>

Vormittags:

Dan-news.info: Der Beschuss von Gorlowka hielt die ganze Nacht an, es gibt Opfer unter der friedlichen Bevölkerung, dies erklärte heute morgen der Bürgermeister von Gorlowka Roman Chramenkow.

„Die ganze Nacht waren in allen Bezirken Explosionen zu hören. In der Folge des Beschusses der Siedlung Shobwanka wurde ein Haus beschädigt, eine Frau erlitt Verletzungen mittlerer Schwere, sie ist im Krankenhaus“, sagte er.

Außerdem wurden in der Stadt nach den Worten Chramenkows Zerstörungen bei Privathäusern und bei mehrstöckigen Wohnhäusern festgestellt. „Durch die Beschüsse wurden vier Häuser im privaten Sektor beschädigt, eines von ihnen ist abgebrannt, es wurden Treffer bei zwei fünfstöckigen Häusern festgestellt und bei einer Garagenkooperative im Nikitowskij-Bezirk“, fügte er hinzu.

Der Leiter der Stadtverwaltung teilte auch mit, dass Gas- und Stromleitungen beschädigt wurden. „Bei der Gasleitung, die wir erst vor kurzem repariert haben, haben sich aufgrund des Beschusses zwei Lecks von 1,5x2 Metern gebildet, in Wolnoje wurden vier Gasverteilstationen beschädigt, eine weitere in Majorsk. Beschädigt wurde auch eine

Stromleitung – das Kabel wurde durchgetrennt, in der Folge ist die ganze Stadt zurzeit ohne Strom“, unterstrich Chramenkow.

Bereits gestern Abend war von intensivem Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte berichtet worden. Der Beschuss kam aus Dershinsk, vermutlich mit schwerer Artillerie.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben am 15.7. das Territorium der LVR beschossen, ein Soldat der Volksmiliz wurde verwundet, dies teilte das Verteidigungsministerium der Republik mit.

De.sputniknews.com: Der humanitäre Hilfskonvoi des Zivilschutzministeriums Russlands für die ostukrainische Industrieregion Donbass hat die russisch-ukrainische Grenze passiert. Momentan fahren die Lastwagen Richtung Donezk und Lugansk, wo sie entladen werden, berichtete der Pressedienst der Behörde.

„Alle Lastwagen des Konvois sind an zwei Kontrollposten – Matwejew Kurgan und Donezk – den entsprechenden Zoll- und Grenzformalitäten unterzogen worden. Die Autos fahren jetzt an ihre Bestimmungsorte.“

Der Hilfskonvoi besteht aus insgesamt rund 100 LKWs, die mehr als 1.000 Tonnen humanitäre Hilfsgüter nach Donezk und Lugansk bringen. Es handelt sich dabei um Lebensmittel, Bücher, Schreibwaren und Medikamente.

Das ist bereits der 32. humanitäre Hilfskonvoi seit August 2014. Insgesamt hat das Zivilschutzministerium in diesem Zeitraum mehr als 39.000 Tonnen humanitäre Hilfsgüter in den Donbass gebracht.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30303/62/303036295.jpg>

Lug-info.com: Der 32. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF ist in Lugansk eingetroffen. In der Ladung befinden sich Lebensmittel – Fischkonserven, Zucker, Grieß, Fleischkonserven, Milchkonserven, Weizen, Nudeln, teilte das Koordinationszentrum für den Wiederaufbau der LVR mit.

Außerdem wurden vom Gesundheitsministerium Russland 27,68 Tonnen Medikamente geliefert. Insgesamt haben heute 41 Lastwagen 470 Tonnen humanitäre Ladung in die LVR geliefert.

Dan-news.info: „Am 14. Juli haben die Sprengtechniker des Zivilschutzministeriums der DVR bei der Untersuchung des Territoriums auf explosive Objekte in der Stadt Debalzewo etwa 150 Granatsplittergeschosse, etwa 1000 Artilleriegeschosse der Kaliber 122 und 152mm, etwa 500 Granatgeschosse des Kalibers 80mm und etwa 500 Granatgeschosse des Kaliber 120mm entdeckt“, erklärte das Zivilschutzministerium.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat den Beschluss gefasst, die Passage über den Sonderstatus der Region Donbass in den Text der ukrainischen Verfassung aufzunehmen. Wie die „Ukrainskaja Prawda“ schreibt, kam es dazu nach seinem Treffen mit der ranghohen US-Diplomatin Victoria Nuland in Kiew.

Der Präsident hatte beim Parlament korrigierte Verfassungsänderungsanträge über die Dezentralisierung der Machtstrukturen eingereicht. Laut denen soll der Sonderstatus der Region Donbass im Text der Verfassung verankert werden. Ursprünglich hatte der Entwurf der Änderungsanträge keine Erwähnung des Sonderstatus dieser ostukrainischen Region enthalten, was von Seiten der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk kritisiert wurde.

„Laut unseren Informationen erfolgten diese Veränderungen im Zuge des Ukraine-Besuchs von Victoria Nuland, Under Secretary für Europa und Eurasien“, teilt die Zeitung mit. Die ranghohe US-Diplomatin war am Mittwoch zu einem zweitägigen Besuch in Kiew eingetroffen.

Moskau hatte mehrmals betont, dass es bereit ist, von seinem Einfluss auf die ostukrainischen Volksrepubliken Gebrauch zu machen. Die westlichen Länder müssten aber ihrerseits auf Kiew einwirken.

Laut den Friedensabkommen von Minsk hätten Vertreter der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk an der Erörterung der Verfassungsänderungen zum Donbass-Status beteiligt werden müssen.

Dan-news.info: Das Dorf Spartak wurde die ganze Nacht auf den 16. Juli von ukrainischen Truppen beschossen, teilte der Leiter der Verwaltung von Jasinowataja Jurij Korsar mit. „Die ganze Nacht haben sie Spartak beschossen. Informationen über mögliche Zerstörungen sind bisher nicht eingetroffen, aber ich weiß, dass es keine Opfer unter der Bevölkerung gibt“, sagte der Bürgermeister.

Nach den Worten Korsars kam der Beschuss vermutlich aus Richtung Peski.

De.sputniknews.com: Knapp ein Jahr nach dem Absturz der Boeing 777 der Malaysia Airlines (Flug MH17) in der Ostukraine ist in den UN-Sicherheitsrat ein Resolutionsentwurf zur Bildung eines dafür zuständigen Tribunals eingebracht worden.

Wie die Zeitung "Kommersant" am Donnerstag schreibt, soll dieses Gremium die Schuldigen dieser Tragödie zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen.

Malaysia hatte den UN-Resolutionsentwurf zum MH17-Absturz vorgelegt. Er wurde bereits von den Niederlanden, Australien, Belgien und der Ukraine befürwortet.

In Moskau stößt die Einrichtung eines Tribunals jedoch auf Widerstand. „Diese Resolution ist für uns inakzeptabel“, sagte eine russische diplomatische Quelle. „Früher hatte Russland mehrmals zu einer wirklichen internationalen Untersuchung der Boeing-Tragödie aufgerufen, unter anderem unter Mitwirkung des UN-Sicherheitsrats, aber alle unsere Initiativen wurden zurückgewiesen. Wir schlugen vor, einen UN-Beauftragten für die Untersuchung zu ernennen, aber unsere Partner wollten das nicht. Wir schlugen vor, eine ‚Feldkommission‘ des UN-Sicherheitsrats zu bilden, aber auch da konnten wir uns nicht einigen. Auch unseren Aufruf, die Gespräche der Fluglotsen zu veröffentlichen, ließen sich unsere Kollegen nicht gefallen.“

Kuala Lumpurs Initiative betreffe „nicht nur die Boeing-Tragödie“, fuhr der Diplomat fort. „Das ist ein Versuch, durch voreingenommene und politisierte Formulierungen die Schuldigen an der Entstehung ‚einer solchen Atmosphäre‘ zu ernennen, die zur Tragödie geführt hat. Dann wird aber die richtige Untersuchung durch eine politische Show ersetzt.“

Russlands UN-Botschafter Vitali Tschurkin sagte seinerseits: „Zivile Flugzeuge stürzten auch früher ab, aber nie wurden internationale Tribunale gebildet. Manchmal gab es überhaupt keine gerichtlichen Auseinandersetzungen.“

Der Menschenrechtsbeauftragte des russischen Außenministeriums, Konstantin Dolgow, verwies zudem darauf, dass viele Länder „sehr große Einwände“ dagegen haben, „wie die bereits gebildeten Gerichtshöfe (...) funktionieren, darunter der Gerichtshof für Jugoslawien.“ Diese Gremien sind nach seinen Worten „politisiert, ineffizient und kostspielig“.

In Moskau besteht man darauf, dass die Untersuchung der Katastrophe vom 17. Juli 2014, bei der 298 Insassen der verunglückten Maschine ums Leben gekommen sind, weiterhin im Sinne der Resolution 2166 des Weltsicherheitsrats vom 21. Juli des vorigen Jahres erfolgen sollte. Dafür sind Experten des niederländischen Rats für Verkehrssicherheit zuständig. Im September wurde ihr vorläufiger Bericht veröffentlicht, dem zufolge die Boeing von einer Buk-Rakete abgeschossen wurde. Die ukrainischen Behörden geben die Schuld den Volksheer-Kämpfern aus den selbsternannten „Volksrepubliken“ sowie russischen Militärs. Vertreter des russischen Rüstungskonzerns Almas-Antej, der Buk-Raketen baut, behaupteten ihrerseits, das Flugzeug sei von einer Rakete 9M38M1 Buk-M1 abgeschossen worden, mit denen die ukrainischen Streitkräfte ausgerüstet seien.

Die endgültigen Ergebnisse der Ermittlungen werden voraussichtlich erst im Oktober bekanntgegeben. Der US-Sender CNN berichtete allerdings gestern unter Berufung auf eigene Quellen, dass in dem Bericht konkrete Koordinaten des Ortes angegeben seien, von dem die Rakete abgefeuert wurde. Am jeweiligen Tag habe das ostukrainische Volksheer dieses Territorium kontrolliert. Die Führung der Volksrepublik Donezk dementiert jedoch diese Behauptungen.

Rusnext.ru: In den Vereinigten Staaten begann die gerichtliche Verfolgung von Igor Strelkow Die Klage gegen den russischen Staatsbürger Igor Strelkow wurde bei einem Gericht in Chicago am Mittwoch im Namen von 18 Familien der bei dem Absturz der Boeing MH-17 Getöteten eingereicht.

Unter den klagenden Familien sind sechs aus Großbritannien, berichtet The Telegraph. Wie die Zeitung schreibt, wird Strelkow, "der Führer der russischen separatistischen Kräfte im Osten der Ukraine", der Organisation des Beschusses des Flugzeugs beschuldigt, was zu dem Unfall und zum Tod von 298 Menschen geführt haben soll.

Am Mittwoch soll Igor Strelkow offiziell angeklagt werden, schreibt der Telegraph.

Die Kläger verlangen von Strelkow eine Entschädigung in Höhe von 900 Millionen Dollar.

Die Angehörigen der Opfer sagen, dass Strelkow am Konflikt in der Ukraine "mit Zustimmung des Kreml" teilgenommen hatte, als "seine Truppen" die Boeing auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur abschoß.

Die Volksmiliz der DVR weist den Vorwurf der Beteiligung am Absturz des Passagierflugzeugs zurück.



http://rusnext.ru/sites/default/files/strelkov_35.jpg

Lug-info.com: Der zum vorläufigen Gouverneur des „Lugansker Oblast“ ernannte Jurij Klimenko wird genauso wie sein vorheriger Vorgesetzter – Gennadij Moskal – arbeiten, erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der Republik bei den Verhandlungen in Minsk Wladislaw Dejnego:

Zuvor war Klimenko Stellvertreter Moskals zu Fragen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

„Seinen Stellvertreter hat sich Moskal wahrscheinlich selbst ausgesucht und ein Stellvertreter ist es gewöhnlich gewöhnt, so wie sein Vorgesetzter zu arbeiten“, erklärte er.

„Deshalb kann solange es keine Personalentscheidung auf Kiewer Ebene gibt von Veränderungen keine Rede sein“, erklärte Dejnego.

Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko hat Jurij Klimenko zum vorläufigen Vorsitzenden der „Lugansker staatlichen Oblastverwaltung“ ernannt. Moskal wurde zum Vorsitzenden der Sarkapatsker Oblastverwaltung ernannt.

De.sputniknews.com: Die Nato hilft Kiew bei der Aufarbeitung der nationalen Militärdoktrin. Laut Jamie Shea, dem Beauftragten des nordatlantischen Bündnisses für neue Bedrohungen, soll die ukrainische Armee bis zum Jahr 2020 an die Nato-Standards angepasst werden.

„Wir haben ein Programm, um die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu stärken“, teilte Shea in dieser Woche im Europaparlament mit. „Nato-Berater in Kiew arbeiten an einer Sicherheitsstrategie, der Doktrin der nationalen Sicherheitsstrategie und der Veränderung des Verteidigungssektors, damit die ukrainischen Streitkräfte bis Ende dieses Jahrzehnts mit den Nato-Standards völlig im Einklang stehen.“

Das Bündnis habe zudem fünf Fonds angelegt, um der ukrainischen Armee in Sachen Cyberverteidigung, Kommando und Führung, Sanitätswesen, Überwachung des zivilen und des militärischen Luftraums zu helfen, sagte Shea ferner. „Wir müssen diese Anstrengungen fortsetzen.“

Nachmittags:

Dan-news.info: Eine Ausstellung von Kinderzeichnungen „Der Krieg mit den Augen der Kinder“, die dem Thema der Kämpfe auf dem Territorium der DVR gewidmet ist, wird heute in Zentrum von Donezk unter Beteiligung der gesellschaftlichen Organisation „Donezkaja Respublika“ eröffnet.

„Auf der einen Seite ist das eine schöne Veranstaltung. Es ist für die Kinder gemacht, die Sonne scheint, alles ist gut; auf der anderen Seite ist das eine sehr traurige Veranstaltung und es ist schlecht, dass Kinder die Schrecken dieses Krieges gesehen haben und sie zeichnen“, sagte Boris Rymarj, der Leiter der gesellschaftlichen Verbindungsstelle von „Donezkaja Respublika“ in der Hauptstadt.

Nach seinen Worten wurden anderthalb Wochen für die Vorbereitung der Ausstellung benötigt. Zeichnungen wurden unter den Kinderkollektiven der Kulturpaläste der Republik gesammelt. „Als wir eine Ankündigung der Veranstaltung veröffentlichten, kamen sehr viele Zeichnungen zu uns, die einfach gebracht wurden und gebeten wurde, sie in die Ausstellung aufzunehmen“, fügte Rymarj hinzu.

Die Veranstaltung ist heute auf dem 1.-Mai-Platz in der Nähe des zentralen Lenin-Platzes den ganzen Tag zu sehen. Die Besucher können nicht nur die Arbeiten der Kinder kennenlernen, sondern auch eigene Bilder auf den Asphalt malen.

<http://dan-news.info/wp-content/uploads/2015/07/l-1-1024x668.jpg>

De.sputniknews.com: Die Mehrheit der Abgeordneten in der Obersten Rada (Parlament) der Ukraine spricht sich gegen die von Präsident Petro Poroschenko eingebrachten Änderungen am Grundgesetz bezüglich des Sonderstatus des Donezbeckens (Donbass) aus, während die Fraktion „Oppositionsblock“ diese Novellen unterstützt.

Trotz Kritik habe die Partei vor, dieses Dokument zu befürworten, weil „es eine der Festlegungen der Minsker Vereinbarungen in Bezug auf eine besondere Form der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Teilen der Gebiete Donezk und Lugansk beinhaltet“, sagte der Fraktionsabgeordnete Alexander Dolschenkow.

Am Vortag war bekannt geworden, dass Poroschenko der Rada korrigierte Verfassungsänderungsanträge über die Dezentralisierung der Behörden vorgelegt hatte, mit denen der Sonderstatus der Region Donbass im Text der Verfassung verankert werden soll. Ursprünglich hatte der Entwurf der Änderungsanträge keine Erwähnung des Sonderstatus dieser ostukrainischen Region enthalten, was von Seiten der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk kritisiert worden war.

Dan-news.info: Die ukrainische Seite hat in keiner Weise ihre Behauptungen bestätigt, dass die auf dem Territorialgewässern der DVR festgenommenen Fischer zur Miliz gehören, erklärte heute das Mitglied der Kommission der DVR zu Angelegenheiten von Kriegsgefangenen Lilija Rodionowa.

„Vertreter der ukrainischen Seite erklären, dass die von ihnen festgenommenen Fischer direkte Verbindungen zur Miliz der DVR haben. Ihre Positionen begründen sie mit angeblich bei den Festgenommenen gefundenen Ausweisen der Miliz. Aber in der seit der Festnahme vergangenen Zeit, haben wir diese Ausweise nicht erhalten, noch irgendwelche anderen Beweise der Mitgliedschaft der Fischer bei den Milizen“.

Rodionowa unterstrich, dass die Vertreter der DVR die internationale humanitäre U-Mission und das Rote Kreuz über die ungesetzliche Festnahme informiert haben.

Drei Fischer aus dem Nowoasowsk-Bezirk waren am 14. Juli auf den Territorialgewässern der DVR von ukrainischen Grenzsoldaten festgenommen wurden. Den Festgenommen ist es gelungen, sich mit Verwandte in Verbindung zu setzen. Nach den Worten der Fischer wurden sie nach Mariupol gebracht. Die Behörden der DVR unterstreichen, dass die

festgenommenen Fischer nicht das Gesetz verletzt haben und alle notwendigen Dokumente für den Fischfang hatten.

Rusnext.ru: Die Boeing konnte nicht von dem Territorium abgeschossen werden, das von der DVR kontrolliert wurde, hieß es aus der Luftfahrtbehörde Rosavia.
Im Falle eines Abschusses der Boeing durch eine Buk-Rakete der Volksmiliz hätten russische Radare in Rostow dies aufgezeichnet. Das erklärte der stellvertretende Leiter von Rosavia Oleg Stortschewoi.
Außerdem bemerkte er, dass die Situation, in der die Internationale Organisation für zivile Luftfahrt zwar die Flüge über die Krim verboten, jedoch die Bedrohung im Donbass ignoriert hatte, paradox anmutet..



http://rusnext.ru/sites/default/files/oblomki_boinga_i_opolchency.jpg

Rusnext.ru: Die ukrainische Seite begrenzte den Luftraum über dem Donbass nicht aus Habgier – hieß es aus der russischen Luftfahrtbehörde Rosavia.
Opfer der Habgier und der Missachtung von Sicherheitsstandards wurden die 298 Passagiere der Boeing, erklärte der Stellvertreter des Leiters von Rosavia Oleg Stortschewoi.
„Die ukrainische Seite wollte einfach keine fühlbaren Einbußen im finanziellen Bereich wegen einer Schließung des Luftraums erleiden, Opfer dessen wurden 298 Menschen“, sagte er.

Dan-news.info: „Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite betrug in den letzten 24 Stunden 52 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung. Der Gegner stellt die Anwendung von schweren Waffen nicht ein“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Im Ministerium wurde hinzugefügt, dass auf das Territorium der Republik 41 Artilleriegeschosse, 85 Panzergeschosse, 204 Granatgeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen wurden. Außerdem haben die ukrainischen Truppen Abwehrgeschütze, kleinere Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.
Gemäß den Informationen des Verteidigungsministeriums wurden beschossen: Donezk (das Gebiet des Flughafens), Jasinowataja, Gorlowka, Sajzewo, Golmowskij, Shabunki, Nishneje

Losowohe, Kalinowka, Spartak, Schirokaja Balka, Belaja Kamenka, Nowaja Laspa, Abakumowka, Nikolajewk, Staromichajlowka und Krasnyj Oktjabrj.

De.sputniknews.com: Als „unannehmbare Grausamkeit“ hat der amtliche Sprecher des US-Außenministeriums, John Kirby, die jüngsten Anschläge von Mitgliedern der extrem nationalistischen Organisation Rechter Sektor in der West-Ukraine bezeichnet.

Am vergangenen Samstag hatten sich die Rechtsradikalen in der west-ukrainischen Stadt Mukatschewe bewaffnete Auseinandersetzungen mit Polizei und einheimischen Unternehmern geliefert: Ein Granatwerfer und Maschinenpistolen kamen zum Einsatz. Das Ergebnis sollen drei Tote und 13 Verletzte gewesen sein. Drei Mitglieder des Rechten Sektors seien festgenommen worden, hieß es bei der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft.

Die Angreifer begründeten ihr Vorgehen mit dem Kampf gegen Schmuggel, der von den örtlichen Beamten getrieben werde.

Im west-ukrainischen Lwiw waren am Dienstagmorgen an zwei Polizeirevieren Sprengsätze explodiert. Zwei Polizisten erlitten Splitterverletzungen. Die Sicherheitskräfte haben die Explosionen als Terroranschläge eingestuft. Der Rechte Sektor beeilte sich mit der Erklärung, seine Kämpfer wären an diesen Explosionen nicht beteiligt gewesen.

Washington ruft dazu auf, friedliche und gesetzliche Methoden zur Beilegung der Kontroversen in der Ukraine anzuwenden.

„Eine derartige Grausamkeit ist unannehmbar.

Er nahm auf Bitte von Journalisten Stellung zu der vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko bekundeten Absicht, für Nicht-Mitarbeiter von staatlichen Sicherheitsbehörden das Tragen von Waffen zu verbieten. Kirby betonte auch, dass die ukrainische Regierung die Situation regeln und eine Integration der bewaffneten Vereinigungen im Land gewährleisten müsse.

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Unter den Soldaten der Armee der DVR gibt es einen Toten.“ Basurin sagte auch, dass während des Beschusses der westlichen Außenbezirke von Gorlowka eine Frau, Geburtsjahr 1947, Splitterverletzungen erlitt.

„Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR haben eine Verstärkung der massenhaften Verlagerungen von Militärtechnik und Personal der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Ortschaften festgestellt:

Krasnogorowka – vier SAU-Artillereeinheiten, Pantelejmonowka – drei Einheiten SAU, Nowgorodskoje – vier Einheiten SAU, Nowoselkowka Perwaja – 15 Einheiten SAU, Primorskoje – 36 Einheiten SAU.“

Basurin unterstrich, dass die Verlagerungen von Militärtechnik von einem planmäßigen Vorbereiten der ukrainischen Truppen zu möglichen aktiven Kampfhandlungen zeugen, „ungeachtet der Meinung der Weltgemeinschaft und der Minsker Vereinbarungen“.

De.sputniknews.com: Keine einzige Partei in der Ukraine wird von nun an bewaffnete Einheiten besitzen, der Staat behält sich das Recht vor, Gewalt anzuwenden, sagte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko vor dem Parlament im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen im Westen des Landes.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30303/64/303036470.jpg>

Lug-info.com: Die Anzahl derjenigen, die mit der Arbeit der Regierung der LVR unzufrieden sind, hat im Vergleich zum Mai 2015 um 4,3 % abgenommen, erklärte der Leiter des Zentrums für soziologische Forschungen „Besonderer Status“, Alexandr Prozenko. „Es gibt in den letzten vier Monaten keine wesentlichen Änderungen in der Beurteilung der Arbeit der zentralen Regierung der LVR. Die einzige Ausnahme ist, dass die Anzahl derjenigen, die mit ihrer Arbeit unzufrieden sind, nach einem unwesentlichen Anwachsen um 1,6% im Mai jetzt um 4,3% auf 14,9 Prozent gefallen ist“, sagte er. Nach den Daten der Umfrage bewerten 12,3% die Arbeit der Regierung als gut, weitere 32,7% der Befragten meinen, dass die Regierung der Republik sich bemüht und alles tut, was ihr möglich ist. 34,7% meinen, dass es derzeit zu früh ist, dies zu beurteilen. Vom 10. bis zum 14. Juli wurden in Lugansk, Krasnodon, Swerdlowsk, Roweinki, Altschewsk und Stachanow insgesamt 1459 Personen befragt.

De.sputniknews.com: Nach der CNN-Meldung, dass der noch nicht veröffentlichte MH17-Bericht der niederländischen Ermittler die Donezker Volksmilizen für den Abschuss der malaysischen Verkehrsmaschine mit 298 Insassen verantwortlich macht, warnt Russlands Präsident Wladimir Putin vor politisierten „Lecks“ zu der Ursache der Katastrophe. Der US-Fernsehsender CNN hatte am Mittwoch unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Quellen berichtet, dass die niederländischen Ermittler in ihrem Endbericht zum Absturz der Boeing in der Ost-Ukraine den Donezker Volksmilizen die Schuld gäben. In einem Telefonat mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte (die Niederlande leiten die MH17-Ermittlungen) sagte Putin am Donnerstag, dass die Verbreitung derartiger „ausgesprochen politisierter“ Vermutungen durch Medien unzulässig sei, wie das Presseamt des russischen Staatschefs mitteilte. Die Idee von der Etablierung eines UN-Tribunals zur MH17-Katastrophe bezeichnete Putin in dem Telefonat als verfrüht. Er rief dazu auf, die Ermittlungen baldigst zu Ende zu bringen. Erst dann könnte entschieden werden, mit welchen Gerichts-Mechanismen die Schuldigen bestraft werden sollen. Die Ermittlungen sollten dabei „umfassend und objektiv“ sein, so wie es auch die Resolution 2166 des UN-Sicherheitsrats vom 21. Juli 2014 vorschreibe, forderte Putin...

Dan-news.info: Die Behörden der Ukraine haben die zuvor in den Territorialgewässern der DVR festgenommenen drei Fischer freigelassen, aber behindern ihre Rückkehr in die

Republik, teilte der stellvertretende Leiter der Nowoasowsker Bezirksverwaltung Anatolij Janowskij mit.

„Unsere Leute haben sie gestern Abend freigelassen, wir haben es erst jetzt erfahren. Sie befinden sich in Mariupol. Aber man erlaubt ihnen nicht nach Hause zurückzukehren“, sagte er.

Nach den Worten Janowskij haben die Fischer einen Versuch unternommen nach Hause zurückzukehren, aber am ersten Checkpoint der ukrainischen Soldaten hat man sie aufgrund des Fehlens von Dokumenten nicht durchgelassen. „Sie haben sich erst heute mit ihren Verwandten in Verbindung gesetzt und die Verwandten haben uns benachrichtigt. Mehr Einzelheiten kann ich bisher nicht berichten“, sagte er.

Die Bezirksbehörden planen sich an den Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte mit der Bitte um Unterstützung bei der möglichst schnellen Rückkehr der Festgenommenen in die Heimat zu wenden.

De.sputniknews.com: Dem Sprecher des US-Außenministeriums, John Kirby, zufolge durchlaufen die Mitglieder der extremistischen ukrainischen Organisation Rechter Sektor keine Ausbildung bei amerikanischen Instruktoren.

„Die USA trainieren die Mitglieder des Rechten Sektors nicht“, sagte der Sprecher am Mittwoch in einem kurzen Pressegespräch. Kirby merkte außerdem an, dass die US-Behörden auf die Berichte über die jüngsten Ereignisse im ukrainischen Mukatschewe negativ reagiert haben. „Die Gewalt, über die Sie sprechen, ist völlig unzulässig“, sagte Kirby zu Journalisten....

Dan-news.info: Die Regierung der DVR plant das Problem des Mangels an Bauholz in den Kohlebergwerken der Republik durch die Wiederaufnahme der Lieferung von der ukrainischen Seite zu lösen, teilte heute der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums mit.

„Bald muss sich die Situation mit den Holzlieferungen wesentlich verbessern. Kohle wird nicht mehr nur unter der Bedingung einer vollen Vorauszahlung auf ukrainisches Territorium geliefert, sondern auch unter der Wiederaufnahme der Lieferungen von Bauholz in die Republik“, wird der Minister Ruslan Dubowskij vom Pressedienst zitiert.

Im Ministerium wurde unterstrichen, dass auf je 100 Tonnen Kohlen die Ukraine mindestens 30 Tonnen Holz liefern muss. Dies wird es erlauben, in erheblichem Maße den Bedarf der Bergwerke an Verbrauchsmaterial zu decken. „Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Mehrheit der ukrainischen Kraftwerke mit der in der DVR geförderten Kohle arbeitet, würde eine Einstellung der Lieferungen in kurzer Zeit zu für sie negativen Folgen führen“, fügte das Ministerium hinzu.

De.sputniknews.com: Der Volksrats-Vorsitzende der selbsterklärten Volksrepublik Donezk, Andrej Purgin, hat die Spitzenpolitiker der BRICS-Länder aufgerufen, Sanktionen gegen einige Beamte und Betriebe der Ukraine zu verhängen.

Es geht ihm zufolge um diejenigen Beamten und Betriebe der Ukraine, die in den Terror gegen das Volk des Donezbeckens (Donbass) verwickelt sind.

„Ich möchte erneut betonen, dass wir bis zuletzt sowohl den Buchstaben als auch den Geist der in Minsk erzielten Vereinbarungen trotz aller Provokationen von Poroschenko und seinen überseeischen Kuratoren eingehalten haben“, zitiert die Donezker Nachrichtenagentur den Volksrats-Chef.

Der BRICS-Gruppe gehören Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika an.

Dan-news.info: Bergleute in Makejewka, die sich wegen produktionstechnischer Probleme in unbezahltem Urlaub befinden, können für diese Zeit Arbeit bei einer Reihe von Projekten zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Stadt erhalten. Nach Angaben des Kohle- und Energieministeriums nehmen an diesen Arbeiten bereits 342 Makejewker Bergleute teil. „Wenn es nötig ist, gibt es die Möglichkeit, einer beliebigen Anzahl von Menschen Arbeit zu beschaffen“, teilte das Ministerium mit.

De.sputniknews.com: Ein Jahr nach der Katastrophe der Boeing Flug MH17 über der Ost-Ukraine hat eine Gruppe von Luftfahrtexperten im Internet ihren eigenen Ermittlungsbericht veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass die malaysische Verkehrsmaschine mit 298 Insassen mit einer israelischen Luft-Luft-Rakete abgeschossen worden sein konnte. In dem 16 Seiten umfassenden Bericht werden die Schäden am Rumpf anhand der öffentlichen Bilder detailliert gemessen und analysiert. Anhand dieser Daten modellierten die Experten den Explosionsbereich der Rakete und berechneten die Masse von deren Gefechtskopf. Nach ihren Angaben explodierte der 10 bis 40 kg schwere Sprengkopf 0,8 bis 1,6 m von der Fensterscheibe des MH17-Flugkommandanten entfernt. Dabei wurden etwa 2000 bis 4000 Parallelepiped-förmige Splitter mit einem Durchschnittsgewicht von jeweils drei Gramm mit Abmessungen von 8x8x6 mm ausgestoßen.

Ihre Erhebungen verglichen die Experten mit den technischen Daten der russischen Flugabwehrraketen und kamen zu dem Schluss, dass keine mit derartigen Splintern gespickt ist. So unterscheiden sich die Splitter der Boden-Luft-Rakete vom Typ Buk sowohl in der Form (Doppel-T-Form statt Parallelepiped) als auch im Gewicht (8,1 statt drei Gramm) deutlich.

Darüber hinaus sind alle russischen Fla-Raketen mit Gefechtsköpfen bestückt, die deutlich mehr als 40 kg wiegen. Dass die Rakete in der Nähe des Cockpits explodierte, zeuge davon, dass sie einen Infrarot-Selbstsuchkopf hatte und auf die Strahlung des Radars zusteuerte, der sich unter dem Cockpit befindet.

Nach der Einschätzung der Experten passt die israelische Luft-Luft-Rakete vom Typ Python zu diesen Daten. Diese Rakete ist nämlich mit einem Infrarot-Suchkopf ausgerüstet, der Sprengkopf wiegt elf kg, die Splitter haben eine passende Form.

Laut öffentlichen Angaben hatte die ehemalige Sowjetrepublik Georgien Anfang der 2000er Jahre Kampffjets des Typs Su-25 modernisiert und an die Raketen Python 4 und Python 5 angepasst. Die Python-Raketen sind äußerlich von den sowjetischen R-60-Raketen – der Standard-Waffe der Su-35 – kaum zu unterscheiden.

Dieser inoffizielle Bericht passt mit den Aussagen des ehemaligen ukrainischen Luftwaffentechnikers Jewgeni Agapow zusammen, der vor dem Krieg in seinem Heimatland nach Russland geflüchtet war. Laut dem Mann, der im Juli 2014 auf einer ukrainischen Luftwaffenbasis gedient hatte, hatte ein ukrainischer Kampffjet vom Typ Su-25 am Tag der MH17-Katastrophe seine Basis mit Luft-Luft-Raketen an Bord verlassen und war etwas später ohne Munition zurückgekehrt. Der Pilot, Hauptmann Woloschin, soll zu seinen Kameraden gesagt haben, er sei zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen.

Die Aussagen des ehemaligen Angehörigen der ukrainischen Luftstreitkräfte erschienen im Dezember 2014 in den russischen Medien. Danach stellten die russischen Behörden den Mann als Zeugen unter Schutz. Auch das Ermittlungskomitee in Moskau geht davon aus, dass die malaysische Boeing mit einer Luft-Luft-Rakete nicht russischer Produktion abgeschossen worden ist...

Dnr-online.ru: Die städtische Infrastruktur von Ilowajsk ist vollständig wiederhergestellt, berichtete heute der Leiter der Stadtverwaltung Sergej Mukownin:

„Die Wiederherstellung der Stadt erfolgt sehr intensiv. Zurzeit ist es leider aufgrund eines Mangels an Mitteln und Material schwieriger geworden. Die Infrastruktur der Stadt ist völlig wieder hergestellt. Es arbeiten Kindergärten und Schule. Ein Problem besteht nur mit der

Schule Nr. 14 wegen der unzureichenden Finanzierung der inneren Ausbauarbeiten. Aber ich denke, dass im September Kinder in diese Schule gehen werden.

Große Probleme gibt es mit dem Wiederaufbau der privaten Wohnungen. Wir haben uns sogar um Hilfe an die Russische Eisenbahn gewandt, damit sie uns als Stadt der Eisenbahner mit dem Wiederaufbau helfen.

In der Stadt wurde ein zusätzlicher Ausgabepunkt für humanitäre Hilfe eröffnet, gemäß dem Erlass des Oberhauptes der DVR Nr. 58. Zurzeit versorgen wir dort Menschen, die aufgrund der Kämpfe keine Wohnung haben. Es ist geplant, mehr als 1000 Menschen mit humanitärer Hilfe zu versorgen. Insgesamt sind 13 Tonnen Lebensmittel eingetroffen und die sozial nicht abgesicherten Teile der Bevölkerung werden im notwendigen Maße versorgt“, sagte Sergej Mukownin.

Abends:

De.sputniknews.com: Der ukrainische Oligarch und Ex-Gouverneur des südostukrainischen Gebietes Dnepropetrowsk, Igor Kolomoiski, hat den nationalen Energieversorger Naftogas wegen Verletzung des Aktienabkommens über den größten ukrainischen Öl- und Gasförderer Ukrnafta verklagt, wie der Chef von Naftogas, Andrei Kobolew, sagte. „Wir wurden wegen des Aktienabkommens verklagt. Kolomoiski ist der Meinung, dass wir das Abkommen verletzt haben oder dies zu tun beabsichtigen“, sagte Kobolew. Kolomoiski verfügt über 42 Prozent der Ukrnafta-Akzien, der Staat kontrolliert durch Naftogas 50 Prozent plus eine Aktie der größten nationalen Öl- und Gasförderer der Ukraine. Die Beziehungen zwischen den beiden Hauptaktionären kann man als korporativen Konflikt charakterisieren.

Unter anderem gelang es lange Zeit nicht, eine Hauptversammlung durchzuführen, weil die Kolomoiskis Vertreter sie ignorierten. Darüber hinaus kam es zu Problemen mit der Verteilung des Reingewinnes und der Dividenden-Auszahlung. Auch gelang es Naftogas lange Zeit nicht, die Führung von Ukrnafta (die Kolomoiski eingestellt hatte) auszutauschen. Die Beziehungen zwischen dem Oligarchen und den Behörden in Kiew spitzten sich zu, nachdem das ukrainische Parlament am 19. März Novellen verabschiedet hatte, die Kolomoiskis Einfluss auf den größten ukrainischen Öl- und Gasförderer Ukrnafta und den Pipelinebetreiber Ukrtransnafta beschneiden. Davor war er in der Lage, alle Entscheidungen, die das Unternehmen betrafen, zu blockieren.

Nachdem die Regierung als größter Eigner den Kolomoiski-treuen Ukrtransnafta-Chef Alexander Lasorko entlassen hatte, erstürmten bewaffnete Einheiten des Oligarchen im März das Hauptquartier der Staatsfirma. Daraufhin erteilte Präsident Poroschenko Kolomoiski öffentlich eine „Rüge“. Kurz danach wurden Poroschenkos Konten in Kolomoiskis Privatbank vorübergehend gesperrt. Zudem entließ Poroschenko Kolomoiski als Gouverneur des Gebietes Dnjepropetrowsk.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30160/57/301605729.jpg>

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat mit der ukrainischen Seite die ungehinderte Rückkehr der in den Territorialgewässern der Republik festgenommenen Fischer vereinbart. Dies erklärte heute das Mitglied der Kommission der DVR für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen Lilija Rodionowa.

„Wir haben schon Maßnahmen für die Rückkehr der Fischer ergriffen, haben uns an das Rote Kreuz, die UNO und die ukrainische Seite gewandt. Die ukrainische Seite ist uns entgegen gekommen, sie garantieren ihre sichere Fahrt auf dem Territorium der Ukraine und ihre Rückkehr nach Hause“, sagte sie.

Nach den Worten Rodionowas sollen sich die Fischer gemäß den Anweisungen der Behörden der DVR in Richtung Kramatorsk begeben, oder Krasnoarmejsk. Und im Folgenden nach Donezk. „Wir hoffen, dass sie diese notwendigen Bedingungen für eine wohlbehaltene Rückkehr erfüllen und nicht an irgendeinem anderen Ort landen, weil die Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie wieder festgenommen werden“, sagte sie.

Nach den Worten Rodionowas werden sie am ersten Checkpoint bei der Einreise in die DVR abgeholt und die Möglichkeit bekommen in Donezk zu übernachten, um am nächsten Tag nach Hause zurückzukehren.

Rusnext.ru: Die Moskauer Polizei verhaftete einen Volksmilizionär auf Anfrage der Ukraine, - berichtet eine Quelle.

Die Auslieferung des Milizionärs an die Ukraine kann einen extrem gefährlichen Präzedenzfall schaffen, der es Kiew ermöglicht, eine riesige internationale Fahndungsliste "der Separatisten und ihrer Komplizen" zu erstellen, und nicht nur für Bürger der Ukraine, sondern auch für Bürger Russlands.

Der Antrag für die Verhaftung und Auslieferung von Alexander Kostin wurde von der Abteilung des Innenministeriums der Ukraine in Wolnowacha eingereicht, die den Volksmilizionär der DVR zur internationalen Fahndung ausgeschrieben hatte.

"Er wurde am 12. April um 15.45 Uhr auf dem Flughafen Domodedovo festgenommen", gibt „Moskwa“ die Worte eines Insiders aus den Rechtsschutzorganen wieder. Die Sprecherin des Moskauer Landgerichts Ekaterina Igumnova stellte klar, dass "am 19. Juni der Arrest für Kostin noch einmal bis zum 21. Juli verlängert wurde."

Die Ehefrau von Alexander Kostin, Valentina, berichtete am Mittwoch, dass sie eine Anfrage zur Inhaftierung ihres Mannes an das Büro der Moskauer Verkehrsstaatsanwaltschaft gestellt hatte.

"Als Antwort erhielt ich, dass die Auslieferung meines Mannes vom Büro der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation in Betracht gezogen wird", zitiert FAN ihre Worte.

Die Menschenrechtsaktivistin Natalia Kholmogorova drängte darauf, Alexander Kostin, nicht der ukrainischen Seite auszuliefern.

"Wir wissen nicht, was da passiert ist, aber man kann eine Person nicht dorthin ausliefern, wo sie eindeutig Gefahr läuft, gefoltert oder für politisches Handeln getötet zu werden, was mit seiner angeblichen Schuld in keiner Weise verbunden ist“, sagte sie.

Nach Kholmogorovs Worten kann die Auslieferung von Kostin an die Ukraine einen extrem gefährlichen Präzedenzfall schaffen. Dies, so meint die Menschenrechtsaktivistin, könnte den ukrainischen Behörden erlauben, massenhaft „Separatisten und ihre Komplizen“ auf die internationalen Fahndungslisten zu setzen, „nicht nur die Bürger der Ukraine, sondern vielleicht auch Bürger Russlands“.